## VOLKS | SPLITTER

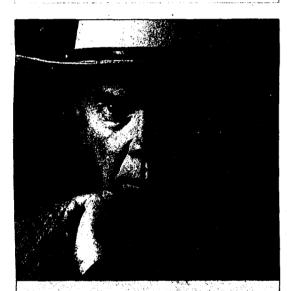
#### Israei womöglich vor Neuwahlen

TEL AVIV - Nach einer schweren Niederlage von Regierungschef Ariel Scharon im Parlament werden in Israel Neuwahlen erwartet. Israelische Medien zitierten Vertraute Scharons mit der Einschätzung, Scharon werde nun eine Auflösung des Parlaments anstreben. Er müsse nur noch entscheiden, ob er in seiner Likud-Partei bleiben oder eine eigene Partei gründen wolle. Politische Beobachter rechnen mit Wahlen im Frühjahr. Am Montagabend hatten die Abgeordneten die Bestätigung von drei Ministern, die Scharon nominiert hatte, mit 60 zu 54 Stimmen abgelehnt. Im zweiten Wahlgang wurden dann der kommissarisch amtierende Finanzminister Ehud Olmert und der Minister für das Wissenschaftsressort bestätigt. Scharon reagierte empört auf die Ablehnung seines ersten Vorschlags.

#### Anwalt aus Saddam-Prozess erschossen

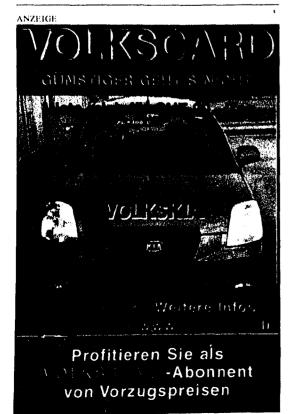
BAGDAD - In Bagdad ist ein weiterer Verteidiger im Prozess gegen Saddam Hussein und sieben seiner Gefolgsleute getötet worden. Unbekannte erschossen am Dienstag den Anwalt, der den Ex-Vizepräsidenten Taha Jassin Ramadan verteidigte, in seinem Auto.

Wie arabische Fernsehsender berichteten, wurde bei dem Anschlag ein weiterer Anwalt, der Saddams Halbbruder Barsan al-Tikriti vertritt, verletzt. Kurz nach Beginn des Prozesses gegen den irakischen Ex-Diktator und seine Getreuen war bereits ein Rechtsvertreter ermordet worden, der im Prozess einen früheren Richter verteidigt hatte.



#### Neil Young kritisiert US-Politik

TENNESSE - Neil Young (Bild) aussert Kritik über die US-Aussenpolitik. «Wir müssen andere Kulturen respektieren und einfach in Ruhe lassen. Wir dürfen uns nicht überall einmischen und jedem unseren ideologischen Stempel aufdrücken», sagte der Rock-Veteran in einem Interview mit «The Financial Times Deutschland». (PD)



# Ausnahmezustand verhängt

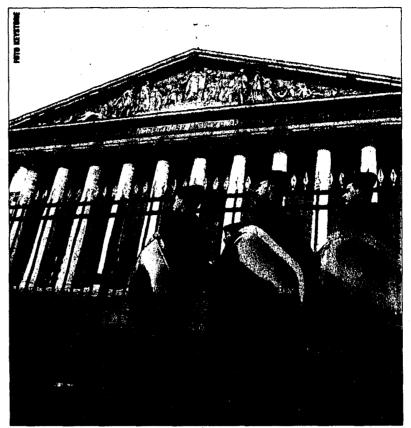
Villepin kündigt Unterstützung für benachteiligte Jugendliche an

PARIS - Mit Ausgehverboten und einem Unterstützungsprogramm für benachteiligte Jugendliche will die französische Regierung die selt fast zwei Wochen andauernden Ausschreitungen in den Griff bekommen.

Staatspräsident Jacques Chirac griff am Dienstag auf ein 50 Jahre altes Notstandsgesetz zurück und ermöglichte den Behörden die Verhängung von Ausgehverboten in den Vorstädten. Dort ebbte die Gewalt ein wenig ab.

Premierminister Dominique de Villepin sprach im Parlament von einem «Augenblick der Wahrheit» für die Republik und kündigte die Schaffung von 5000 Stellen für pädagogische Berater in Schulen in Problemvierteln ab Januar 2006 an. Darüber hinaus würden 100 Millionen Euro freigegeben, die an Vereinigungen fliessen sollen, die dort Sozialarbeit leisten. Die Summe war von der Vorgängerregierung auf Eis gelegt worden. Villepin räumte Rassendiskriminierung in Frankreich ein. Arbeitssuchende mit fremd klingenden Namen erhielten bei Bewerbungen zuweilen nicht dieselben Chancen wie solche mit traditionellen französischen Namen.

Staatspräsident Chirac erklärte nach einer Krisensitzung des Kabinetts, nunmehr hätten die Behörden



Mit Ausgehverbeten und nächtlichen Ausgangssperren reagiert die französische Regierung auf die anhaltenden Krawalle.

das Recht, Ausgehverbote zu verhängen. Chirac verlangte nach Angaben von Regierungssprecher Jean-François Copé, die Massnahmen sollten sehr verantwortlich genutzt werden. Innenminister Nicolas Sarkozy wies darauf hin, dass auch die Polizei mehr Rechte eingeräumt bekomme, etwa bei Haus-

präventiv eingreifen, um Zwischenfälle zu verhindern.» Villepin sagte, bei Verstössen gegen Ausgehverbote drohten bis zu zwei Monate Haft.

Chirac griff bei seiner Entscheidung auf das Notstandsgesetz aus dem Algerienkrieg im Jahr 1955 zurück, das zuletzt bei Unruhen in Nacht zuvor.

Neu-Kaledonien 1984 angewendet worden war. Damit erhielten die Sicherheitskräfte zusätzlichen Handlungsspielraum, um «den Schutz unserer Mitbürger sicherzustellen», sagte der Präsident. Dem vom Kabinett verabschiedeten Erlass zufolge können die örtlichen Behörden Personen unter Hausarrest stellen und die Aushändigung von Waffen verlangen. Öffentliche Orte, die als Treffpunkt von Banden dienen, können geschlossen werden. Villepin kündigte an, die Zahl der Polizisten in den Vorstädten um 1500 auf 9500 zu erhöhen.

Der Vorsitzende der Sozialisten, François Hollande, sagte, seine Partei werde die korrekte Anwendung des Notstandsgesetzes überwachen. «Dieses Gesetz darf nicht überall angewendet werden, und es darf nicht von Dauer sein.» Kritik kam von Politikern der Grünen und der Kommunisten. Nötig seien keine Massnahmen aus der Kolonialzeit, sondern demokratische und soziale Antworten.

Landesweit flaute die Gewalt in durchsuchungen. «Wir können nun der Nacht zum Dienstag etwas ab, vor allem im Grossraum Paris. Die Polizei erklärte, 1173 Fahrzeuge seien in Brand gesteckt worden, gegenüber 1408 in der Nacht zum Montag. Ausschreitungen gab es demnach in 226 Gemeinden, das waren knapp 50 weniger als in der

# Bisky im vierten Wahlgang durchgefallen

Trotz Wahlschlappe hält Linkspartei an Sitz im Präsidium fest

BERLIN - Lothar Bisky, Vorsitzender der deutschen Linkspartei, ist gestern auch im vierten Wahigang für das Amt des Bundestags-Vizepräsidenten gescheitert. Die Fraktion will den ihr zustehenden Sitz im Präsidium vorläufig vakant lassen.

Für den 64-Jährigen stimmten nach Angaben von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) 249 Abgeordnete, 310 Parlamentarier votierten gegen Bisky, 36 enthielten sich. Im vierten Wahlgang hätte die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausgereicht.

#### Bereits drei Niederlagen

Schon in der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 18. Oktober war Bisky in drei Wahlgängen durchgefallen. Die Fraktion der Linkspartei hatte dennoch an seiner Kandidatur festgehalten.

Zur Linkspartei gehören neben den Reformkommunisten der früheren PDS auch Vertreter der Wahl-Alternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Der Fraktion steht der Posten des sechsten Vize-Präsidenten zu. Diesen will sie nach dem erneuten Scheitern vorerst unbesetzt

#### **DDR-Vergangenheit**

Bedenken gegen Bisky waren wegen dessen führenden Aufgaben in der DDR laut geworden. Gegen ihn hatte sich ein Grossteil der Abgeordneten von Union und FDP



Schlappe für Lothar Bisky, Vorsitzender der deutschen Linkspartei.

ausgesprochen. Sie argumentierten, ein Parteichef eigne sich nicht für ein Amt, in dem man alle Fraktionen repräsentieren müsse.

#### «Mein Kampf» nicht gelesen

Gregor Gysi meinte, mit der Entscheidung würden «bestimmte ostdeutsche Biografien ausgegrenzt», nämlich solche, die eine «anständige DDR-Biografie» hätten. Für Gysi war klar, dass die Mehrheit des Bundestags eine «Ausgrenzungs-Entscheidung» getroffen hat. Damit würden aber auch Millionen Ostdeutsche ausgegrenzt. Die Schwäche in Biskys Biografie sei gewesen, dass er nicht Hitlers «Mein Kampf» gelesen habe und nicht den Nazis gefolgt sei. (sda)

# **Ex-Fussballer Favorit**

#### Präsidentenwahl in Liberia

MONROVIA - Bei der Präsidentenstichwahl in Liberia ist Ex-Fussballstar George Weah (Bild) am Dienstag gegen die in den USA ausgebildete Weltbankexpertin Ellen Johnson-Sirleaf angetreten.

Zur zweiten, entscheidenden Abstimmungsrunde waren etwa 1,3 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen. Es ist die erste Wahl seit Ende des Bürgerkrieges in dem westafrikanischen Staat vor zwei Jahren. Der 39-jährige Weah hatte im ersten Wahlgang etwa 30 Prozent der Stimmen bekommen und gilt als Favorit. Die 66 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftlerin Johnson-Sirleaf wäre im Fall ihres Wahlsiegs die erste gewählte Präsidentin kanischen Staates. Am Wahltag wurden keine gewaltsamen Zwischenfülle bekannt. Taus e n d e Wahlbeobachter waren im

eines afri-

Einsatz. Auf Grund heftiger Regenfälle wurde mit einer geringeren Wahlbeteiligung gerechnet. Es stand zunächst nicht fest, wann das offizielle Wahlergebnis veröffentlicht werden soll.

### +++++ Zu guter Letzt...++

#### Vatikan setzt auf «Praystation»

ROM - Um das Wort Gottes immer besser auch bei jungen Menschen zu verbreiten, wird der Vatikan zunehmend moderner. Neu setzt Radio Vatikan jetzt auch auf die bei Jugendlichen so beliebten iPods - Handteller grosse Audioplayer von Apple. Seit dem Sommer können Interessenten unter dem Menüpunkt «podcasting» Audiodateien wie Predigten und Papst-Interviews aus dem Internet auf die Mini-Computer laden und überall und zu jeder Zeit über Kopfhörer abspielen.

Schon seit Jahren verfügt der Heilige Stuhl über eine aufwändi-



Webseite. Allein in den ersten 24 Stunden hätten 1000 Interessenten das neue Vatikan-«downloading» genutzt,

berichtete jetzt die Jesuiten-Zeitschrift «Civiltà Cattolica». Die Jesuiten forderten die Pfarreien auf, nicht die Möglichkeit zu unterschätzen, das Evangelium online zu verbreiten. So wurde der «iPod» bereits in «iGod» umgetauft; zudem sollten Pastoren der Zeitschrift zufolge als «Pod-Prediger» auftreten und ihre Gemeinden in «Praystations» umwandeln, hiess es.